

Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **70 (1983)**

Heft 14

PDF erstellt am: **22.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: «Studentenberg» wächst weiter

Nach den neusten Prognosen über die Entwicklung der Studentenzahlen an den Schweizer Universitäten werden die Hochschulen bis Ende des laufenden Jahrzehnts mit einer steigenden Zahl von Studierenden rechnen müssen. Bei den Studienanfängern wird gemäss den Berechnungen des Bundesamts für Bildung und Wissenschaft (BBW) 1985 mit 11 760 neuen Studenten eine vorläufige Spitze erreicht. Der höchste Studentenbestand ist für 1989 mit 74 200 Hochschulabsolventen prognostiziert. Für 1992, das letzte Prognosejahr, werden noch 72 900 Studenten erwartet.

Diese neusten Zahlen liegen höher als die 1981 erstmals publizierten Studentenprognosen. Während 1981 bis Ende des Jahrzehnts noch mit einem Wachstum von 20,9 Prozent gerechnet wurde, setzt die jüngste Prognose ein solches von 22,3 Prozent voraus. Klarer Wachstumsspitzenreiter unter den einzelnen Fachbereichen sind die Ingenieurwissenschaften. Hauptsächlich als Folge der zunehmenden Bedeutung der Informatik dürfte sich die Zahl der Studierenden bis 1990 hier um rund einen Drittel erhöhen. Nur noch schwach überdurchschnittlich entwickeln werden sich die wachstumsmässig seit langem an der Spitze stehenden Geisteswissenschaften.

BE: Integrierte Oberstufe: Ein Schulversuch in Twann

Die Einwohnergemeinden Twann – Ligerz – Tüschersch/Alfermée hatten Ende 1981 beschlossen, die Primarschuloberstufe (5.–9. Schuljahr) am Sekundarschulort Twann auf Grund der Entwicklung der Schülerzahlen zusammenzufassen.

Gleichzeitig entstand ein Schulversuch: Die Primar- und Sekundarschulklassen werden in Etappen jahrgangswise zusammengelegt und die Schüler beider Schultypen gemeinsam unterrichtet; dies erstmals für die 5. Klasse des Schuljahres 1982/83.

Mit dem auf acht Jahre begrenzten Schulversuch werden die nachstehend aufgeführten Ziele verfolgt:

- Abklärung, wie weit es pädagogisch vorteilhaft, zweckmässig und möglich, ist «Primar- und Sekundarschüler» gemeinsam zu unterrichten.
- Es sollen Formen der inneren Differenzierung des Unterrichts und Formen einer etappenweise sich vollziehenden Selektion der Schüler erprobt werden.

Der Schüler tritt nach der vierten Klasse prüfungsfrei in die integrierte Oberstufe ein. Am Ende des ersten Semesters wird er aufgrund der erzielten Leistungen in Muttersprache, Französisch und Mathematik einer der zwei Leistungsgruppen zugeteilt, welche er halbjährlich wechseln kann. In den übrigen Fächern wird der Schüler nicht fest bestimmten Leistungsgruppen zugeordnet. Betreuungsstunden in den Fächern Muttersprache, Französisch und Mathematik haben den Zweck, Schüler zu fördern oder zu stützen.

Das Amt für Unterrichtsforschung stellt die Begleitung, die Beratung und Auswertung des Schulversuchs sicher.

BE: Neues Kindergartengesetz

Der bernische Grosse Rat hat am 13. September in erster Lesung das kantonale Kindergartengesetz mit 113 Stimmen und ohne Gegenstimme angenommen. Im September vergangenen Jahres hatte das Kantonsparlament einen ersten Entwurf der Regierung als zu weitgehend zurückgewiesen. Das rund 20 Artikel umfassende Rahmengesetz, das noch einer zweiten Lesung unterzogen wird, soll die Gemeinden verpflichten, allen Kindern die Möglichkeit einzuräumen, mindestens ein Jahr einen Kindergarten besuchen zu können.

Ausnahmen von der Kindergartenpflicht können den Gemeinden die kantonalen Behörden in besonderen Situationen bewilligen. Gemäss dem Rahmengesetz ist es den Eltern freigestellt, ihre Kleinkinder in den Kindergarten zu schicken oder nicht. Nach Inkraftsetzung des Gesetzes werden die Gemeinden vier Jahre Zeit haben, um den gesetzlichen Bestimmungen nachzukommen.

LU: Das neue Erziehungsgesetz wird zu reden geben

Die Neugestaltung der Orientierungsstufe, die Lehrerbildung für diesen Schultyp, die Stellung des Kindergartens im Erziehungswesen, die berufliche Ausbildung sowie die Förderung lernbehinderter und erziehungsschwieriger Kinder – das ist der Problemerkatalog, dem mit der Revision des Erziehungsgesetzes die gesetzliche Grundlage gegeben werden soll. Bei allen diesen Punkten geht es darum, die Entwicklung der letzten zehn Jahre auf Geset-

zesstufe nachzuvollziehen. Dass damit natürlich auch Weichen für die weitere Entwicklung gestellt werden, ist klar. Und bei der gesellschaftspolitischen Bedeutung von Schule und Erziehung eröffnet sich da ein unermessliches Diskussionsfeld, das ein neubestellter Rat mit Profilierungsdruck und die beträchtliche Zahl von Nationalratskandidaten im Plenum (vor allem in den linken Bankreihen) wohl gründlich auskosten wollen.

Ein Knochen, der weidlich zu nagen gab, war die Stellung des Untergymnasiums innerhalb der Orientierungsstufe, worüber das Spektrum der Meinung von der Vollintegration bis zur vollen Selbständigkeit reichte. In der Kommission fand der regierungsrätliche Vorschlag, das Untergymnasium inhaltlich den Zielsetzungen der Orientierungsstufe anzupassen, aber organisatorisch auszuklammern (Stichwort: «gymnasiale Orientierungsstufe») eine tragfähige Mehrheit, ebenso im Grossen Rat.

In der Eintretensdebatte vom 13. September verlangte der Grosse Rat einen Bericht zur Lage und Entwicklung der Hilfsschule, die wegen der sinken-

den Schülerzahlen und der Finanzknappheit der Gemeinden gefährdet ist.

SG: Hochschule für klinische Medizin fraglich

Rund 20 Jahre nach den ersten Diskussionen und ein halbes Jahr nach der vom Regierungsrat mit viel Optimismus vorgelegten Botschaft zur Errichtung einer Hochschule für klinische Medizin (HKM) in St. Gallen hat die vorberatende Kommission des Grossen Rates einen für die Öffentlichkeit sensationellen Vorentscheid gefällt: Sie beschloss mit deutlichem Mehr, auf die Vorlage nicht einzutreten.

Der Entscheid wurde damit begründet, dass die Kommissionsmehrheit nachteilige Auswirkungen auf das Kantonsspital befürchte. Ausserdem meint die Kommission, die sich abzeichnende Reduktion der Studentenzahlen und die «zu erwartende Ärztedichte liessen den Schluss nicht zu, es bestehe ein zwingendes Bedürfnis nach einer neuen klinischen Ausbildungsstätte».

Umschau

Katholischer Bildungsrat wurde aufgelöst

Am 7. September wurde in Luzern der 1970 gegründete Bildungsrat der Schweizer Katholiken aufgelöst. Gleichzeitig ist als neue Trägerschaft der Arbeitsstelle für Bildungsfragen (Arbif) in Luzern ein eigener Verein gegründet worden.

Die Auflösung des Bildungsrates der Schweizer Katholiken bedeutet das Ende eines grossen, strukturmässig komplizierten und deshalb umständlichen Gremiums. Die bisherigen Hauptträger des Bildungsrates – die Konferenz katholischer Schulen und Erziehungsinstitutionen (KKSE) sowie die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KAGEB) – haben deshalb in den letzten Monaten die Notwendigkeit eines neuen Trägervereins für die Arbeitsstelle in Luzern erkannt. Denn die Zielsetzungen des Bildungsrates und der Arbeitsstelle sind nicht in Frage gestellt worden, nur der kaum effizienten Arbeitsweise musste ein Ende bereitet werden. «Inhaltlich hat der Bildungsrat wichtige Arbeit geleistet, auf die wir rückblickend nicht verzichten wollen», sagte Paul Jakober gegenüber unserer Zeitung.

Der neue «Verein Arbeitsstelle für Bildungsfragen» setzt sich deshalb ebenfalls aus den Vorständen von KKSE und KAGEB zusammen und will weiterhin die Anliegen der katholischen Bildung und Erziehung in der Öffentlichkeit und gegenüber der Amtskirche vertreten. Zu ihrem ersten Präsidenten wählte der neue Verein den Immenseer Pater und Lehrer am Gymnasium Bethlehem, Paul Jakober. Dem geschäftsführenden Ausschuss gehören weiter an: Sr. Romualda Etter (Menzingen), Elisabeth Longoni (Zürich) und Rösy Blöchliger-Scherer (Hochdorf). Gleichzeitig konnte mit Dr. phil. Bruno Santini der neue Leiter der «Arbeitsstelle für Bildungsfragen» gewählt werden, der die Nachfolge von Willy Bünter antreten wird. Santini, der die neue Stelle anfangs 1984 vorerst als Teilpensum übernehmen wird, ist Redaktor eines Lehrmittels für den Geschichtsunterricht, Lehrbeauftragter an der Theologischen Fakultät Luzern und dem Katechetischen Institut Luzern (Bereich Methodik und Erziehungswissenschaften) und Mitglied des Obwaldner Kantonsrates. Über die konkreten Schwerpunkte seiner künftigen Tätigkeit auf der Arbeitsstelle wollte sich Santini noch nicht festlegen.